

II. Verlauf der Aktionen in Hamburg

Der in unserem Zusammenhang wichtige Abschnitt in der Hamburger Studenten- und später APO-Bewegung setzt ein mit den Anti-Springer-Demonstrationen Ostern 1968, die unmittelbar durch das Attentat auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag, dem 11.4.1968, ausgelöst wurden. Dabei kann hier weder auf die Ursachen des Attentats noch auf die Entstehung der Anti-Springer-Kampagne, die Hamburg bis dahin kaum erreicht hatte, eingegangen werden. Auch die vorausgegangene Entwicklung der politischen Hochschulgruppen und der allgemeinen Auseinandersetzungen an der Hamburger Universität muß hier außer Acht bleiben; ebenso werden parallel laufende Randereignisse ausgeklammert, die sich auf die hier zu untersuchenden Ansätze und Aktionen nicht unmittelbar auswirkten. Erwähnt sei noch, daß der Verfasser selbst aktiv an den hier behandelten Demonstrationen beteiligt war und sich dabei zum "linken SHB-Flügel" zählte, eine Gruppierung, die den SHB in den geschilderten Auseinandersetzungen konsequent als Bestandteil der APO auch gegenüber der SPD verstand und schließlich als Ergebnis der Aktionen für Doppelmitgliedschaften zwischen SHB und SDS als Vorstufe zu Fusionsverhandlungen auf lokaler²¹⁾ und überregionaler Ebene eintrat.

21) Dieses Ziel, das uns gegen Ende des Semesters als naheliegende Konsequenz praktizierter Aktions-einheit erschien, das zudem "putschistische" Gefahren des einen und "revisionistische" des anderen Verbandes beheben könnte, ist nach der Saarbrückener BDV des SHB wieder in weitere Ferne gerückt. Dort wurden zwar alle Unvereinbarkeitsbeschlüsse zwischen SHB und SDS aufgehoben, aber eine weitergehende inhaltliche wie formale Annäherung an den SDS unterblieb.



Als uns am späten Nachmittag des 11. April die Nachricht vom Anschlag auf Rudi Dutschke erreichte, kam es noch am gleichen Abend zu einem ersten spontanen Demonstrationzug durch die Hamburger Innenstadt. Einige hundert Studenten trafen sich vor Springers "ABENDBLATT"-Geschäftsstelle am Gänsemarkt, mehrere Ladenscheiben wurden zertrümmert, erregten aber an diesem Abend nicht einmal die Polizei. Alle, auch die SDS-Sprecher, die zu dieser Demonstration aufgerufen hatten, waren so verwirrt, daß niemand auf die Idee kam, sofort zum Springerhaus zu ziehen, das um diese Zeit wahrscheinlich noch ungeschützt war. Man zog von einer Springer-Filiale zur anderen; alle wußten, und das blieb auch in den folgenden Tagen ganz unbestritten, daß Springers Zeitungen die wichtigste, wenn auch indirekte auslösende Ursache für das Attentat darstellten. Aber außer ohnmächtigen Sprechchören wie "BILD hat mitgeschossen" u.ä. kam es an diesem Abend zu keinen weiteren Vorfällen. Hier ist anzumerken, daß nicht nur alle von dem Attentat völlig überrascht waren, sondern daß es auch zu einem Zeitpunkt bekannt wurde, als sich unmittelbar vor den Osterfeiertagen und dem anschließenden Semesterbeginn nur sehr wenige Studenten "demonstrationsbereit" in den Universitäten aufhielten. Es ist nicht ohne Ironie festzustellen, daß so die ersten gemeinsamen Demonstrationen mit Schülern und jungen Arbeitern gewissermaßen "aus Versehen" zustande kamen, weil einfach genügend Studenten fehlten. Jedenfalls ist für die gesamten Osterdemonstrationen charakteristisch, daß es fast vom Zufall abhing, wer in jenen Tagen als Akteur auftreten konnte. Dem bis zuletzt weitgehend spontanen Verlauf dieser Aktionen entsprechend, gelang es auch während der Ostertage nicht, einen einigermaßen zusammenhängend operierenden Ausschuß oder dergleichen zu bilden. Damit sind die Osterdemonstrationen in unserem Zusammenhang gerade ein Beispiel für den Ablauf einer nicht geplanten, organisatorisch weitgehend unvorbereiteten Aktionsform. 22)

Am Karfreitag, dem 12. April, als die ersten Berichte über die unmittelbaren Reaktionen in Berlin vorlagen, riefen dann SDS, SHB und AStA gemeinsam zur Anti-Springer-Demonstration auf. Verschiedene Redner forderten einen Zug durch die Innenstadt mit anschließender Blockade der Springer-Druckereien. Andere Vorschläge, wie etwa den in der Staatsoper weilenden Bürgermeister Weichmann zur Diskussion zu stellen, wurden nicht ernsthaft verfolgt und schnell fallengelassen. Als die Demonstranten vor dem Springerhaus eintrafen, stand ihnen eine gut

- 22) Wenn sich in der Öffentlichkeit, nicht zuletzt im betroffenen Teil der Presse, dennoch hartnäckig das Gerücht eines zentral gesteuerten Anschlags auf die Pressefreiheit Axel Springers hielt, ist das bestenfalls als Ausdruck der allgemein explosiven Spannung jener Tage zu werten.

vorbereitete, wenn auch noch improvisiert verteilte Polizei gegenüber, die das gesamte Presseviertel mit mindestens einem Dutzend Haupt- und Nebenstraßen abgesperrt hatte. Die Demonstranten verteilten sich ebenfalls und errichteten an den Seitenausgängen des Springerviertels Barrikaden. Vor allem gelang es, am Hauptaussgang Kaiser-Wilhelm-Straße mit weit über 1000 Demonstranten zusammenzubleiben. So wurde über mehrere Stunden tatsächlich eine blockadeähnliche Absperrung erreicht. Ein ausgerechnet über die Notbrücke der U-Bahn-Baustelle unternommener Ausbruchversuch der Polizei scheiterte trotz Wasserwerfer und Knüppeleinsatz an den heftig umkämpften Barrikaden. Erst spät am Abend gelang es einem massierten Polizeiaufgebot unter rücksichtsloser Anwendung von Tränengas, Gummiknütteln und Wasserwerfern gegen sitzende Demonstranten, durchzubrechen und die Zeitungswagen herauszuschleusen. - "BILD weicht dem Terror nicht", wie es dann in einer Schlagzeile am Ostersonntag hieß.

Die nächste Demonstration am Ostermontag, dem 15.4., war weitgehend ähnlich angelegt wie am Karfreitag. Den organisatorischen "Aufhänger" bot die Abschlußkundgebung des "Ostermarsches 68" auf der Moorweide, an die sich der Aufruf zur Anti-Springer-Demonstration anschließen sollte. Dabei kam es zum ersten innerstudentischen Konflikt, als der AStA-Sprecher plötzlich vor den schon versammelten Demonstranten von allen weiteren Aktionen abriet, während SHB und SDS nachdrücklich auf der Fortführung der Demonstration bestanden. Obwohl sich auch diesmal 4 - 5000 Demonstranten anschlossen, war der Blockadeversuch nicht durchzuhalten. Die Polizei ging sehr viel härter und systematischer vor und lieferte gegen Mitternacht etwa 1500 Demonstranten vor dem Polizeipräsidium, wo die Freilassung aller vorbeugend inhaftierten SDS-Mitglieder gefordert wurde, den blutigsten Einsatz während der Ostertage überhaupt.

Der nur symbolische Erfolg der Blockadeversuche, die demoralisierende Wirkung des Polizeieinsatzes und die extrem negative Reaktion der westdeutschen Öffentlichkeit 23), die nun Studenten und "Rocker"

-
- 23) Erst eine Woche später rückte der "stern" mit dem freilich nur kokettierenden Titel "Ist die Revolution noch zu stoppen?" das Bild wieder einigermaßen zurecht. Mag in den Ablauf der Demonstrationen auch manche Parallele zum Mord an Martin Luther King und die Reaktion der amerikanischen Neger darauf hineingespielt haben, so erschienen uns im Nachhinein die Osterdemonstrationen doch als die inhaltlich radikalste Aktion der APO, wenn es nur gelungen wäre, die Demonstrationen tatsächlich zentral zu koordinieren, und andererseits ihre bewußtseinsmäßigen Konsequenzen - etwa zum Prinzip des Widerstands und der Gegengewalt - auch in den nächsten Wochen durchzustehen.

gemeinsam als Terroristen zu entlarven meinte, löste in den folgenden Wochen heftige innerstudentische Diskussionen über das weitere Vorgehen aus. In einem ~~Leh-~~in am 17. April begründete der AstA vor über 2 000 Studenten seine Parole einer allgemeinen "Demonstrationspause...", die solange dauern soll, bis sie (die Studentenvertreter) die Gewaltlosigkeit der Demonstrationen auch dann gewährleisten können, wenn sich andere Gruppen in ihre Reihen einschleichen."24) Die linken Studentengruppen hatten der Wirkung dieser Parole, die in der Hamburger Öffentlichkeit fast allseits beifällig aufgenommen wurde, zunächst wenig entgegenzusetzen. Erst am 24. April gelang es, auf einer vom SDS einberufenen Studentenversammlung eine neue Demonstration für den 1. Mai zu beschließen und einen sofort gewählten Aktionsausschuß - vor allem aus Mitgliedern des SHB und SDS - mit der Vorbereitung zu beauftragen. Dennoch konnte der AstA einen Tag später seine Politik der Demonstrationspause im Studentenparlament durchsetzen: "Es wäre unvernünftig, weitere Aktionen zu unternehmen, die nur zu einer erneuten Verhärtung der Fronten führen würden. Die Studentenschaft beschließt daher, die Maikundgebungen weder durch Gegenveranstaltungen noch durch Unterlaufen von Gewerkschaftsveranstaltungen unnötig zu stören, weil jede dann entstehende Unruhe sofort den Studenten angelastet wurde."25)

Trotzdem nahm der Aktionsausschuß 1. Mai sofort seine Arbeit auf. Nachdem die Gewerkschaften jede Zusammenarbeit abgelehnt hatten - selbst "WELT AM SONNTAG" kündigte "ein großes Volksfest mit abwechslungsreichem Programm" für den 1. Mai an und konstatierte: "Die politischen Akzente sind sparsam gesetzt"26) -, mußten wir durch eine Gegenkundgebung die erwarteten 100 000 Besucher des DGB zu politisieren versuchen. In kurzer Zeit meldeten sich die verschiedensten Organisationen beim Aktionsausschuß, der zunehmend in Permanenz tagte. Studenten der Kunsthochschule druckten Plakate für die erste APO-Demonstration in Hamburg und insgesamt 40 000 Flugblätter; der AUSS und andere Schüler übernahmen seit dem 28. 4. die Verteilung, ein anderes Komitee aus Arbeitern und Studenten verteilte eine Woche lang täglich Flugblätter im Hafen. Immer mehr Organisationen, darunter auch die gewerkschaftliche Studentengruppe, schlossen sich als Mitveranstalter an; schließlich baten auch die Hamburger Jungsozialisten, zwei Redner auf der APO-Kundgebung stellen zu dürfen. Doch der Leitartikel des "HAMBURGER ABENDBLATTES" wußte noch am

24) Drucksache Nr. 2b des Hamburger Studentenparlaments.

25) Drucksache Nr. 211 des Hamburger Studentenparlaments (Hervorhebung durch den Verf.)

26) WamS, 28.4.1968.

30.4. von den "antidemokratischen Manipulationskadern des SDS" zu berichten, die "morgen am 1. Mai, ... in einzelnen Städten wieder versuchen (werden), Demonstrationen zu inszenieren."

Am 30. 4. abends verschärfte sich der Konflikt innerhalb der Studentenschaft auf der vom Asta einberufenen "Vollversammlung der distinktrikulierten". Die Mehrheit der anwesenden Studenten beschloß, statt der vorgesehenen Referate über die Studiensituation in den einzelnen Fächern sofort selbst über den Ablauf der Demonstration am 1. Mai zu diskutieren; daraufhin verließ der Asta die Versammlung, weil "das legitime Recht einer Minderheit, ... daß die Routinearbeit nicht zu kurz kommt", verletzt sei.²⁷⁾ Allen Warnungen führender Gewerkschaftsfunktionäre zum Trotz, die den Studenten unverhohlen mit der "Arbeiterfaust gegen Radikalinskis" gedroht hatten²⁸⁾ verließ die AFO-Kundgebung ohne Zwischenfälle; sogar die Hamburger Presse spendete verhalten Beifall und berichtete über "sachlich belegte Stellungnahmen zur Arbeiterbewegung, zu den Themen Pressekonzentration und Springer sowie aufmerksam verfolgte Ausführungen über die Notstandsgesetze.²⁹⁾ Nur eine erneute Verschärfung sorgte erst die willkürliche Verhaftung des SDS-Sprechers Roth, der mit einigen Hundert Demonstranten nach der Kundgebung durch die Innenstadt gezogen war und dann wegen "Verleitung zur Verletzung der Bannmeile" festgenommen wurde.

Der Erfolg der Mai-Kundgebung und die Erregung über Roths Verhaftung führten dann am folgenden Abend zu einer turbulenten Sitzung des Studentenparlaments, das in einen der größeren Hörsäle umziehen mußte, um den Andrang der zuhörenden Studenten aufzunehmen. Jetzt solidarisierte sich auch die offizielle Studentenvertretung mit Roth. Unter dem Eindruck der eindeutigen Meinung in der studentischen Öffentlichkeit wurde ein Antrag angenommen, der die Strategie der Demonstrationspause als eine "Kapitulation vor der Staatsgewalt bezeichnete. Dies blieb jedoch der einzige Anlauf des Parlaments, in die aktuellen Auseinander-

27) Presseerklärung, in vollem Wortlaut abgedruckt in "DIE WELT" v. 2.5.1968.

28) Ausdruck dieser Situation ist ein Beschluss der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg v. 26.4.1968: "Die Hauptversammlung appelliert an den DGB-Vorstand Hamburg, bei Veranstaltungen zum 1. Mai jede kämpferische Haltung gegenüber Studenten und Jugendlichen zu unterlassen."

29) Hamburger Morgenpost, 2. 5. 1968.

setzungen selbst einzugreifen. 30)

Die nächsten Tage und Wochen gerieten immer mehr in den Sog des schließlich einzigen wichtigen Themas, der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Zunächst ging es um die regionale Vorbereitung des bundesweiten Sternmarsches der Notstandsgegner nach Bonn am 11. Mai. Eine Studentenvollversammlung hatte am 6.5. beschlossen, am 9.5. eine erneute Kundgebung auf der Moorweide zu veranstalten und dazu von Senat und Hamburger Bundestagsabgeordneten Antwort auf einen präzise formulierten Katalog von Fragen zu verlangen. Ein neuer Aktionsausschuß, diemals unter Federführung des AStA, wurde von der Versammlung eingesetzt. Er begann aber so langsam mit den Vorbereitungen, daß er sich schließlich nur Absagen holte. Auch sonst gelang es der Vollversammlung mangels eindeutiger Vorschläge nicht, rechtzeitig eine einheitliche Strategie für die Notstandsaktionen zu beschließen. Während der AStA, Teile des SHB und die meisten Fachschaften Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen und nur zu diesem Zweck eine "Vorlesungsniederlegung" am Tage der Notstandslesung im Bundestag befürworteten, traten SDS und "linker SHB" für einen konsequenten Vorlesungsstreik ein, der aktive Widerstandshandlungen, vom Streikposten bis zum Barrikadenbau vor den Instituten und Hörsälen mit einschloß, um einerseits die "manifeste Verweigerung der Institution Universität" zu erreichen und zugleich Demonstrationen durch die Innenstadt veranstalten zu können.

Da sich die Vollversammlung zwischen diesen Alternativen nicht entscheiden konnte, beschränkte man sich auf die Teilnahme am Bonner Sternmarsch und einen von Fach zu Fach unterschiedlich, einmal mit, einmal ohne "technische Hilfsmittel", durchgeführten Vorlesungsstreik am Tag der 2. Notstandslesung, Mittwoch, den 15. 5. Abends traf man sich im überfüllten Auditorium maximum auf einer "Informationsveranstaltung" des AStA, auf der Politiker und Gewerkschaftler ihre Haltung zu den Notstandsgesetzen erläutern sollten. Hier wurde vom SHB der Versuch unternommen, den DGB-Vorsitzenden Höhne wenigstens zur 3. Notstandslesung auf gemeinsame Veranstaltungen zwischen Gewerkschaften und Studenten festzulegen. Höhne sagte seine persönliche Unterstützung zu; eine studentische Verhandlungskommission aus allen linken Hochschulgruppen und einem Vertreter des AStA wurde sofort gewählt.

-
- 30) Bezeichnend für den Widerstand des Parlaments gegenüber einer stärkeren Beteiligung der studentischen Öffentlichkeit war der Versuch eines Parlamentariers, alle Beschlüsse dieser Sitzung beim Ältestenrat der Studentenschaft wegen "Parlamentsnötigung" anzufechten.

Am 21. 5. kam die studentische Verhandlungskommission zum entscheidenden Gespräch mit Höhne und sämtlichen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften zusammen. Allen vorherigen Zusicherungen zum Trotz verschanzte man sich jetzt hinter einem Beschluß des DGB-Bundesvorstands vom 19. 5., in dem es hieß: "Der DGB wird bis zur 3. Lesung weiterhin die ihm in einer parlamentarischen Demokratie zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen und ... erneut den Bundestagsabgeordneten seine Bedenken vortragen. Wie bisher wird der DGB alle Maßnahmen ausschließlich in eigener Verantwortung durchführen und sich nicht von anderen Gruppen in unkontrollierbare Aktionen drängen lassen." Danach sei selbst eine vom DGB veranstaltete Kundgebung unter Beteiligung der APO ausgeschlossen. Eine eigene Kundgebung wolle man nicht veranstalten, weil nicht genügend Arbeiter kommen würden. 31) Daraufhin beschloß der studentische Ausschuß, sämtliche Aktionen gegen die 3. Notstandslesung selbst in die Hand zu nehmen und alle Vorbereitungen gemeinsam mit den Arbeitern, Betriebsräten und Gewerkschaftlern zu treffen, die dennoch gegen die Notstandsgesetze demonstrieren wollten. An den Beratungen des Hamburger Arbeiter- und Studenten-Ausschusses (HASA), wie er sich jetzt nannte, nahmen bald bis zu 50 Personen und mehr teil, davon fast zwei Drittel Arbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte.

Schon nach 2 Tagen hatten sich 35 Betriebsräte großer Hamburger Firmen bereiterklärt, den Flugblattaufwurf des HASA gegen die Notstandsgesetze zu unterzeichnen. Man tagte im Studentenhaus, mußte vorübergehend umziehen, weil der AStA seine Räume sperrte, blieb dann aber doch in der Mensa. Geplant war ein Demonstrationzug durch die Innenstadt mit einer Schlußkundgebung auf dem Rathausmarkt am Dienstag, dem 28. 5., dem Tag vor der 3. Notstandslesung. Als beides unter dem Vorwand der Bannmeile abgelehnt wurde, beantragten wir für die Kundgebung den Straßenabschnitt vor der SPD-Parteizentrale und die Marschroute dorthin, hart am Rande der Bannmeile, ließen der Polizei gegenüber aber keinen Zweifel daran, daß wir auf dem Rückweg auch quer durch die Bannmeile über den Rathausmarkt ziehen würden. Im HASA kam es zu harten Auseinandersetzungen, ob und wie weit man sich bewußt über ein polizeiliches Verbot hinwegsetzen könne. Erst nach tagelangen Debatten trat eine klare Mehrheit, auch der neu hinzugekommenen Arbeiter, für die Konfrontation mit der Polizei ein. Bis zuletzt aber war unklar, mit welchem Polizeieinsatz man tatsächlich beim "Einbrechen" in die Bannmeile rechnen mußte.

31) Weilches Doppelspiel hier getrieben wurde, läßt sich schon aus der Tatsache ablesen, daß die gleichen Gewerkschaftsfunktionäre, die verbal noch gegen die Notstandsgesetze protestierten, einen a.o.SPD-Parteitag hierzu in Hamburg verhinderten.

Die Teilnehmer der Kundgebung, selbst nach Presse-schätzungen mehr als 10 000 Menschen, zum überwiegenden Teil keine Studenten, stimmten dann fast einstimmig für den Zug quer durch die Bannmeile; die Polizei beschränkte sich darauf, den - allein von der HILD-Zeitung erwarteten "Sturm auf das Rathaus," 32) zu verhindern. Danach wurde vielleicht eine Sternstunde zur Entfesselung einer "Pariser Situation" verpaßt, als Tausende von Demonstranten an der hellerleuchteten Staatsoper und ihrem aufgeputzten Pausenpublikum vorbeizogen und erst die Nachhut einen dann sinnlosen Besetzungsversuch unternahm. So blieb nach dem unerwarteten Erfolg dieser ersten HASA-Demonstration und der verpaßten Gelegenheit, die Aktionen unmittelbar fortzusetzen, nur der spät abends im überfüllten Auditorium Maximum gefaßte Beschluß, am nächsten Tag nachmittags zu einer erneuten Demonstration zusammenzukommen. Noch in derselben Nacht verfaßte der HASA neue Flugblätter, organisierte wie in den Tagen zuvor die Verteilung zum Schichtwechsel im Hafen und vor großen Fabriken. Der Demonstrationszug, von Barmbeck aus durch Arbeiterwohngegenden geleitet, vergrößerte sich von anfangs 800 auf schließlich 2 500 Teilnehmer. Aber einer dritten derartigen Demonstration, diesmal vom Bahnhof Altona aus, folgten nur noch 600-800 Teilnehmer. Zu deutlich wurde die Aussichtslosigkeit weiterer Proteste angesichts der Akklamationsdebatten im Bundestag, zu deutlich wurden auch die Schwächen der allzu improvisierten Vorbereitung, die sich nicht in 24 Stunden auf die völlig andersartige Agitation in Arbeiterwohnvierteln umstellen konnte. Der HASA selbst, inzwischen mehr Symbol als Repräsentant der ersehnten Aktionsgemeinschaft von Arbeitern und Studenten, überstand zwar die große Resignation nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze, konnte aber trotz mancher Anläufe bis heute keine neue gemeinsame Strategie der ApO in Hamburg entwickeln.

III. Analyse und Kritik der Aktionen

Abschließend bleibt zu untersuchen, worin überhaupt die Vergleichbarkeit der geschilderten Aktionsformen mit dem Rätegedanken besteht, wie weit die Parallelen reichen und wie die Arbeitsweise der jeweiligen Aktionsausschüsse zu beurteilen ist. Dabei ist vorwegzuschicken, daß im geschilderten Zeitraum in Hamburg von einer bewußten Anknüpfung oder Nachahmung des Räteprinzips noch nicht die Rede sein kann, so daß bei nachgewiesenen Ähnlichkeiten auf ein verwandtes organisatorisches wie praktisches Bedürfnis geschlossen werden darf.

Natürlich handelt es sich beim Vergleich zwischen den revolutionären Arbeiterräten von 1918 und der Hamburger Studentenschaft von 1968 um prinzipiell verschiedene Größenordnungen. Während die Versammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte allein aus 1 500 Mitgliedern bestand, von denen jeder wieder 1 000 Arbeiter repräsentierte 33), war die Vollversammlung der Hamburger Studentenschaft, an der jeder Student selbst teilnehmen konnte, schon mit 2 000 Teilnehmern beschlußfähig. In der Größenordnung entsprach also die Versammlung aller gewählten Arbeiterräte der Versammlung aller Studenten, nur der Vollzugs- oder Exekutivrat der Arbeiterräte den studentischen Aktionsausschüssen. Für alle Vertreter galt jedoch dasselbe Prinzip der jederzeitigen Abwählbarkeit, bei den Studenten sogar das automatische Erlöschen des Mandats mit dem Abschluß der jeweiligen Aktion. Nur ihre geringe Zahl gestattete den Studenten, die Trennung zwischen Vertretern und Vertretenen zu reduzieren und so den Grad unmittelbarer Demokratie noch mehr zu erhöhen als die Arbeiterräte. Konstruktion und Mandat der Aktionsausschüsse entsprachen also durchaus dem der Räte, wobei die Vollversammlung der Studenten mit in diesen Vergleich einzubeziehen sind.

Der Vergleich muß sich außerdem auf die eine Seite jener doppelten Aufgabe der historischen Arbeiterräte beschränken, nämlich "Ziel und Mittel der Revolution" zugleich zu sein, einerseits Kampforgane des Proletariats, andererseits höchste verfassungsmäßige Organe des neuen Staates, aus denen dieser alle Staatsgewalt herleitete. Denn die Aufgaben der spontan eingesetzten studentischen Aktionsausschüsse, auch des HSA, waren ja von Anfang an auf die Durchführung einzelner Aktionen und ihre Vorbereitung beschränkt. Sie dienten, wenn man so will, nur als Kampforgane der Studenten und der APO; zur Entfaltung einer wirklich revolutionären Zielsetzung, etwa die Übernahme der Kompetenzen der offiziellen Studentenvertretung oder gar - über den HASA - der traditionellen Arbeiterorganisationen, konnte es auf diese Weise gar nicht kommen.

Allerdings sind ja selbst die historischen Arbeiterräte, zumindest in Deutschland, vielfach aus informellen Streikkomitees entstanden, die sich schon während des 1. Weltkrieges herausgebildet hatten. 34) Faktisch war auch der Einfluß der Aktionsausschüsse zumindest in der Studentenschaft erheblich größer als ihre offizielle Kompetenz, organisierten sie

33) Angaben bei Däumig, a.a.O., S.3

34) Vgl. hierzu Opel, a.a.O., S. 75 ff

doch die wichtigsten und spektakulärsten Aktionen der Studenten, und dies nicht etwa auf eigene Faust oder für einzelne Hochschulgruppen, sondern ihrem eigenen Anspruch nach im Namen der gesamten Studentenschaft. Nur so läßt sich die überaus gereizte Reaktion von AStA und Studentenparlament, der hergebrachten alleinigen Vertretung, gegenüber diesen Aktionsausschüssen, aber ebenso gegenüber der satzungsmäßig vorgesehenen studentischen Vollversammlung verstehen.

Dieses Verhältnis zwischen Studentenversammlungen und Aktionsausschüssen auf der einen und der auf allgemeine Wahlen gestützten offiziellen Studentenvertretung auf der anderen Seite ist im folgenden genauer zu untersuchen, könnte es doch aktuelle Ansätze jener "Doppelherrschaft" zwischen revolutionären Räten und gewählten parlamentarischen Regierungen enthalten, die den Ablauf der proletarischen Revolutionen so wesentlich bestimmt haben. 35) Für die Arbeit der Aktionsausschüsse ist bezeichnend, daß sie sofort, wollten sie überhaupt ihre Aufgabe in der meist sehr kurzen Zeit lösen, eine Fülle von organisatorischen Verbindungen und Absprachen mit anderen Organisationen herstellen mußten. Da ihnen jeder andere Verteiler fehlte, waren sie zugleich gezwungen, ihre gesamte Werbung über Flugblätter, Wandzeitungen und andere improvisiert verbreitete Parolen abzuwickeln, die insgesamt ein besonders hohes Maß an Öffentlichkeit mit sich brachten. Besonders erfolgreich war in dieser Hinsicht der "Aktionsausschuß 1. Mai", der in wenigen Tagen 9 Mitveranstalter gewann, Redner-Absprachen mit weiteren Organisationen traf, 40 000 Flugblätter über Schüler, die bis dahin noch nicht für studentische Aktionen angesprochen worden waren, verteilte und über eine eigene Pressekonferenz sogar einige Pressezeilen in der sonst nicht eben aufgeschlossenen Hamburger Presse erhielt. Diese selbstverständliche, oft einzig mögliche Arbeitsweise der Ausschüsse mußte natürlich einer offiziellen Studentenvertretung, die sich in Hamburg vielleicht untypischerweise als Konkurrenz empfand, als Bedrohung erscheinen.

-
- 35) Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier noch einmal betont, daß es hier nicht um simple Übertragungen historischer Konflikte geht, sondern um den Versuch, die Brauchbarkeit überkommener Kategorien der Revolutionstheorie für die Auseinandersetzungen der westdeutschen APO im Sinne einer Rezeption des Rätegedankens zu analysieren.
- 36) Es wäre eine eigene Untersuchung wert, zu klären, wie weit sich die Allgemeinen Studentenausschüsse bei ihrer Gründung in den Zwanziger Jahren an Rätevorstellungen und anderen Formen unmittelbarer Demokratie orientierten.

Das stimmt in auffälliger Weise mit Beobachtungen Gramscis aus der Turiner Fabrikrätebewegung von 1919/20 überein: "Selbst der allermaßvollste und friedfertigste Rat hat ja mindestens das Ziel, Verwaltungsfunktionen zu erfüllen, die sonst dem überkommenen Staatsapparat (oder der Betriebsleitung) zustünden." 37) Der ASTa reagierte auf die unterstellte Herausforderung durch die Ausschüsse, die sich bisher mehr gegen die konkrete Politik dieses ASTa als auf eine prinzipielle Infragestellung der bisherigen Studentenvertretung richteten, indem er ihre Aktionen entweder wie am 1. Mai ignorierte oder ihnen, wenn er selbst beteiligt war, nur sehr widerstrebend seinen Verwaltungsapparat zur Verfügung stellte, so beim Ausschuß vom 6. Mai und beim HASA. Daneben aber war er zusammen mit dem größten Teil des Studentenparlaments bemüht, die Gefahr dieser Ausschüsse an der Wurzel zu beseitigen, in den Studentenversammlungen. Das zeigte sich einmal daran, daß ASTa und Studentenparlament nur einmal im ganzen Semester zu bewegen waren, das satzungsmäßige Organ der "Studentenvollversammlung" einzuberufen 38), andererseits kam diese Absicht an der verschleppten Behandlung eines durchaus gemäßigten Parlamentsantrags zum Ausdruck, der über eine Satzungsänderung die Rechte der Vollversammlung verstärken wollte - eigene Beschlußkompetenz, geringeres Beschluß-Quorum, kürzere Einberufungsfrist - ohne dabei die Aufgaben des Studentenparlaments anzutasten. Dieser Antrag, ob schon zu Beginn des Semesters eingebracht, wurde zwar mehrfach auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt, seine Beratung aber systematisch durch "G.O. (Geschäftsordnungs-) - Tricks" verhindert.

Das alles hatte zur Folge, daß nur der gescheiterte Ausschuß vom 6. Mai auf einer ordentlichen Vollversammlung gewählt werden konnte und daß diese sich streng genommen - nach der geltenden Satzung der Studentenschaft - schon mit der Wahl eines Aktionsausschusses über ihre ausdrücklichen Kompetenzen hinwegsetzen mußte. Die politisch viel wichtigeren Ausschüsse vom 1. Mai und der HASA kamen beide auf vom SDS bzw. ASTa einberufenen "Teach-ins" zustande, die allein durch die Zahl der anwesenden Studenten und deren Unterstützung repräsentativ und - wenn auch nur für ein neues, eben unmittelbar demokratisches Selbstverständnis - legitimiert waren. Damit konnte die Legitimation solcher Ausschüsse formal natürlich jederzeit bestritten werden; andererseits standen sie durch die Art ihrer Berufung von vornherein außerhalb und gegen die offizielle Studentenvertretung. In noch stärkerem Maße galt dies für den Arbeiterteil des HASA, der sich überhaupt in seiner räteähnlichen

37) Philosophie der Praxis, zit. Ebmeier, a.a.O.

38) Am 6.5.68; ein 2. Versuch am 27.5. scheiterte, da das Präsidium des Studentenparlaments nicht für die geringste Ankündigung gesorgt hatte.

Es war aber konstatierbar, als die Gewerkschaften jede Zusammenarbeit abgelehnt hatten. Insgesamt ist also schon für den engbegrenzten Aufgabenbereich der Arbeitsgemeinschaft eine heftige Rivalität von Seiten der offiziellen parlamentarischen Organe festzustellen, deren Austragung in Form einer "Doppelbeziehung" wohl nur durch die Kurzlebigkeit der Arbeitsgemeinschaft verhindert wurde.

Daß eine so eindeutig repressive Politik der offiziellen Studentenvertreter überhaupt hingenommen wurde, trotz zahlreicher Einzelkritik, wird jedoch eher verständlich, wenn man sich das Ausmaß der Parlamentarisierung des politischen Bewußtseins in der Studentenschaft vergegenwärtigt. Diese Parlamentarisierung des Bewußtseins, die im gegenwärtigen Aufbau der Studentenvertretung ja nur ihren äußeren Niederschlag findet, im übrigen durchaus der beschriebenen Mentalität von SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern entsprach, dürfte auf absehbare Zeit - und das nicht nur in der Studentenschaft - wohl das beständige Hindernis für unmittelbar-demokratische oder räteähnliche Strukturveränderungen sein. Sie zeigte sich in ganzer Schärfe, als die einzige Vollversammlung des Semesters auf AStA-Antrag selbst ablehnte, die Frage nach ihrer Kompetenzerweiterung sofort zu behandeln, später aber nach dem geltenden Stimmen-Quorum beschlußunfähig war.

Ein solcher Beschluß, aber auch manche Erscheinungen auf den übrigen plebiszitären Studentenversammlungen machen deutlich, daß weder bei den Studenten noch bei den linken politischen Hochschulgruppen eine hinreichende Vertrautheit mit den Mechanismen spontaner Massenversammlungen besteht, deren Handlungsfähigkeit allein auf der freiwilligen Zusammenkunft und dem Interesse einer genügend großen Teilnehmerzahl besteht. Allzu oft wurde die insgesamt kurze Zeit gemeinsamer konzentrierter Diskussionsfähigkeit mit nebensächlichen Verfahrensfragen vertan. Wichtige Anträge wurden erst in letzter Minute handschriftlich nach vorn gereicht und regelmäßig bröckelte die Teilnehmerzahl schon vor den entscheidenden Punkten wieder ab. Die mangelnde Vorbereitung, mochte sie auch ideologisch mit einem grenzenlosen Vertrauen in die "Spontaneität der Massen" bemäntelt werden, führte oft zu scheinbar willkürlichen und unzusammenhängenden Beschlüssen der Versammlungen, die es der Gegenseite leicht machten, sie mit dem Hinweis auf ihren "manipulativen Charakter" beiseitezuschieben. Damit soll hier keineswegs einer inhaltlichen Determinierung dieser Versammlung das Wort geredet werden, wohl aber ist davor zu warnen, durch Leichtfertigkeit unfreiwillig den Anschein bewußter Manipulation zu wecken oder, da er doch immer unterstellt werden wird, dazu Vorwände zu liefern.

Noch eine andere Gefahr im Verhältnis zwischen den plebiszitären Versammlungen und den linken politischen Hochschulgruppen als den "Vorhuten" der Studentenschaft und der APO sei hier erwähnt. Mehr und mehr spielte es sich ein, die Aktionsausschüsse nach einem bestimmten Proporz unter die infrage kommenden Gruppen aufzuteilen und ihnen die Nominierung der Kandidaten zu überlassen. Dann wurden häufig ganz unbekannte Leute nominiert, die sich nur unzureichend zu ihrem Konzept äußerten und von der Versammlung nur nach dem "Firmenschild" der betreffenden Hochschulgruppe gewählt wurden. Man geriet jedoch in arge Verlegenheit, als sich einmal zwei RCDS-Kandidaten sehr wortreich vorstellten.

Auch diese Erscheinungen bei den Wahlen stehen in beunruhigender Parallele zur Wahl vieler Arbeiter-räte in der Novemberrevolution. So schreibt v. Oertzen: "Entweder die Räte wurden von vornherein als ein Kartell der Arbeiter - O r g a n i s a t i o n e n aufgefaßt, und, ohne die Arbeiterschaft näher zu befragen, von den betreffenden Parteien oder Gewerkschaften besetzt, oder die Räte wurden zwar gewählt, aber ebenfalls von vornherein unter reinen Parteigesichtspunkten, sei es paritätisch oder nicht - solche nach Parteigesichtspunkten organisierten Arbeiterräte fühlten sich deshalb mehr als Delegierte ihrer Organisationen denn als Vertreter ihrer Wähler. War aber eine Gruppe von Arbeiterräten vorhanden, die sich der Räteorganisation unmittelbar verpflichtet fühlte, wie es die Gruppe der linken Unabhängigen weitgehend tat, dann war sie angesichts der andersartigen Strömungen in der Arbeiterschaft genötigt, sich, in paradoxem Widerspruch zu ihrer eigentlichen Intention, als Fraktion zu organisieren." 39) Mochte der Zerfall in Fraktionen bei den kurzlebigen Aktionsausschüssen weniger gefährlich sein - schon beim HASA war er allerdings kaum zu übersehen - so stand und fiel doch die Wirksamkeit der Ausschüsse mit dem Rückhalt, den sie in der Studentenschaft selbst fanden. Je mehr aber die Konstituierung der Wahl der Ausschüsse zu einer bloßen Formsache degenerierte, mußte dieser Rückhalt schwinden. Zugleich gerieten die Ausschüsse in die Gefahr, sich im Taktieren mit den bestehenden Organisationen zu verlieren, statt sich bei Konflikten ihr Mandat durch eine erneute plebiszitäre Studentenversammlung bestärken und bestätigen zu lassen. Auch das Wechselspiel zwischen Versammlungen und Ausschüssen, eben mit dem Ziel realisierter unmittelbarer Demokratie und erhöhter Aktionsbereitschaft der Studenten, mußte also bei kommenden Ausschüssen über den einmaligen Wahlakt hinaus intensiviert werden. Das erfordert zugleich

39) Betriebsräte in der Novemberrevolution, a.a.O., S. 77



die Bereitschaft der politischen Hochschulgruppen, sich stärker als bisher auf bloße Vorschläge zu beschränken und ihre eigenen Aktionen einer permanenten plebiszitären Kontrolle zumindest durch den politisch bewußten Teil der Studentenschaft zu unterwerfen.⁴⁰⁾

Zuletzt die Frage nach Erfolg und Zukunft der Ausschüsse und der hinter ihnen stehenden Studentenversammlungen. Beide haben ein erstaunliches Maß an Spontaneität und improvisiertem Organisationsvermögen bewiesen. Sie haben unter durchweg sehr schwierigen Bedingungen Aktionen von erheblichem Ausmaß ermöglicht, denen ein bürokratischer Apparat kaum je schenken gewesen wäre. Besonders der Mann der in fast auswegloser Situation – noch der Abneigung der Gewerkschaften – noch in der Lage, eine Absatz-Repräsentanz und Aktionsgemeinschaft mit den Arbeitern zu verwirklichen. In all diesen Eigenschaften werden die räteähnlichen Ausschüsse und Vollversammlungen auch in Zukunft jeder parlamentarisierten Studentenvertretung überlegen sein. So ist nicht einzusehen, warum nicht in einer demokratisch bewußten Studentenschaft – bei der ohnehin starken Fluktuation in allen studentischen Ämtern – die Selbstverwaltung wie auch die der Universität unmittelbar-demokratisch organisiert werden sollte. Damit könnte das unbestreitbar aktuelle Modell eines Räte-systems für alle Bereiche einer sozialistischen Gesellschaft vorweggenommen werden.

40) Damit wird das Recht zur eigenen, ausdrücklich allein vertretenen Provokation natürlich nicht bestritten. Die letztlich dahinterstehende Frage nach der Funktion der politischen Parteien in einem Räte-system und nach der Notwendigkeit mehrerer Parteien läßt sich nach den vorliegenden studentischen Experimenten noch nicht schlüssig beantworten. Ich würde im Augenblick dazu abgesehen, von der Berechtigung verschiedener Parteien auch in Zukunft auszugehen.